

Beziehungsgeschichten von Treuhandanstalt und Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformationslandschaft

Konflikte, Kooperationen, Alltagspraxis

Marcus Böick

1. Einleitung: Annäherungen an ein schwieriges Verhältnis

Die Treuhandanstalt und die Gewerkschaften – auf den ersten Blick scheint in dieser Konstellation ein ganz grundlegendes Spannungs- und Konfliktverhältnis angelegt zu sein: Auf der einen Seite der »Frontlinie« stand dabei diejenige Organisation, die binnen kürzester Zeit einen radikalen, von millionenfachen Entlassungen und weitreichenden Betriebsschließungen begleiteten Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft im Modus der Privatisierung durchgesetzt hatte. Und dies gerade auch, zumindest in der Selbstwahrnehmung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gegen den erbitterten Widerstand zahlreicher »Bremsen« in den Reihen von staatlicher Verwaltung, oppositioneller Sozialdemokratie und organisierter Arbeitnehmervertretung (vgl. Böick 2016).¹ Auf der anderen Seite des »Grabenfeldes« der Transformation hingegen war die traditions- und selbstbewusste Interessenvertretung der Arbeiterschaft und der Angestellten positioniert, die ihre Aufgabe vornehmlich darin sah, den nach 1990 von der christliberalen Bundesregierung forcierten und als »neoliberal« bekämpften Privatisierungs- und Schließungskurs sowie seine gesellschaftlichen Konsequenzen, allen voran die regelrecht explodierende Arbeitslosigkeit, energisch zu verhindern bzw. zumindest abzumildern (vgl. Scharrer 2011). Im Grunde

1 | Für wertvolle Hinweise zu diesem Text danke ich Marcel Schmeer, Christopher Kirchberg, Julia Reus und Felix Vonstein.

erscheinen Treuhand-Manager und Gewerkschaftssekretäre somit als ein nahezu »natürliches« Gegnerpaar in der ohnehin ausgesprochen konfliktbeladenen ostdeutschen Transformations-, Übergangs- und Umbruchgesellschaft der frühen 1990er-Jahre.²

Eine derart gestaltete Storyline erscheint letztlich so eingängig wie erwartbar; sie übernimmt dabei im Wesentlichen und relativ bruchlos zentrale Grundmuster der zeitgenössischen und vor allem auch medial intensiv geformten und verstärkten Selbst- und Fremdwahrnehmungen der jeweiligen Akteure und Beobachter (vgl. Breuel/Burda 2005). Allerdings mutet dieses kompetitive Erzählmuster als nur ein – obschon sehr naheliegendes – narratives Muster an, die komplizierte, dynamische Beziehungsgeschichte von Treuhandanstalt und Gewerkschaften zu erzählen. Der vorliegende Beitrag möchte demgegenüber dafür werben, den zeithistorischen Rückblick stärker zu differenzieren und erzählerisch wie perspektivisch aufzufächern: In welchen Varianten ließe sich die Beziehungsgeschichte *auch* erzählen? Inwiefern kann ein multiperspektivischer Zugriff für die soeben beginnende (Zeit-)Historisierung der umkämpften Transformationen und Umbrüche nach dem abrupten Ende des Realsozialismus in Europa in den Jahren nach 1989/91 fruchtbar gemacht werden?

Da das hier thematisierte Verhältnis von Treuhand und Gewerkschaften bislang noch kein Gegenstand intensiver zeitgenössischer oder zeithistorischer Forschungen gewesen ist,³ sollen in diesem Beitrag drei mögliche (und sicher nicht erschöpfende) Beziehungsgeschichten skizzenhaft wie exemplarisch erkundet werden:

- Erstens werden die bereits angedeuteten Konfliktkonstellationen umrissen, in denen Treuhandanstalt und Gewerkschaften einander als scharfe Gegenspieler betrachteten (Kapitel 2).

2 | Die begriffliche Debatte um diesen Zeitschnitt wurde in der Zeitgeschichte noch kaum intensiv geführt, sodass zeitgenössische Begriffe aus den Sozialwissenschaften wie die »Transformation« meist relativ unkritisch übernommen werden (vgl. Böick/Siebold 2011).

3 | Die einzige Ausnahme bildet der Sammelband von Ulla Plener, der zahlreiche überaus kritische Zeitzeugenstimmen enthält, jedoch insgesamt eher den Charakter einer retrospektiven Abrechnung vornehmlich aus ostdeutscher Perspektive trägt (vgl. Plener 2011).

- Zweitens sollen demgegenüber zumeist institutionell gestützte Kooperationsverhältnisse beschrieben werden, in denen beide Seiten – oft unter entsprechendem politischem Außendruck – in verschiedenen Konstellationen zusammengearbeiteten (Kapitel 3).
- Drittens soll schließlich der Blick auf die konkrete Ebene des praktischen Alltags in den Betrieben gelenkt werden, wo konfliktreiche wie auch kooperative Beziehungsmuster im jeweiligen Einzelfall aufs Engste miteinander verknüpft sein konnten (Kapitel 4). Die dabei herausgearbeiteten Facetten dieser schwierigen Beziehungskonstellation sollen erste Impulse für eine zeithistorische Neuvermessung der vielgestaltigen Übergänge und Umbrüche im Spannungsfeld von Ost und West in der jüngsten deutschen Vergangenheit liefern (vgl. Bösch 2015a; Bösch 2015b; Koch/Sabrow 2015; Ther 2014).

2. Konfliktgeschichten: Gegner im »Schlachthaus Ost«

Die Geschichte von Treuhandanstalt und Gewerkschaften mutet in einer ersten Annäherung tatsächlich wie eine Geschichte von Klassenkämpfen an. Die Ursprünge dieser Konfliktkonstellation sind dabei insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 zu suchen, als sowohl Treuhandanstalt wie auch (westdeutsche) Gewerkschaften das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vakuum zu füllen suchten, dass der rapide Zusammenbruch des SED-Regimes, seiner zentralen Planwirtschaftsapparate und auch seiner Einheitsgewerkschaft FDGB in Wirtschaft und Gesellschaft der ihrem baldigen Ende entgegensehenden DDR hinterlassen hatte (vgl. Scharrer 2011; Henke 2009).

Treuhandanstalt und Gewerkschaften kämpften gerade in dieser spät- bzw. postrevolutionären Zeit um ihre rasche Etablierung in Ostdeutschland und schlugen hierfür einen scharfen personellen wie organisatorischen Expansionskurs an: Bei der im Frühjahr 1990 gegründeten Treuhandanstalt wurden vor allem ab Juli 1990 die Weichen für einen radikalen Aus- und Umbau gestellt, als erfahrene bundesdeutsche Industriemanager wie Detlev Karsten Rohwedder, der Vorstandsvorsitzende der Dortmunder Hoesch-Stahlwerke, die Führung übernahmen (vgl. Kemmler 1994). Zur gleichen Zeit entsandten auch die bundesdeutschen Gewerkschaften und der DGB eilig erfahrene wie »kampferprobtes« Personal als Aufbauhelfer

nach Ostdeutschland, wo sich die Einzelgewerkschaften bis Mai 1990 vom FDGB gelöst hatten und nun umfassende Kooperationen mit ihren westdeutschen Pendanten anstrebten.

In beiden Konstellationen stand damit eine möglichst zügige Übertragung der bundesdeutschen Institutionen, Strukturen und Werteordnungen ganz oben auf der unmittelbaren Agenda im Vorfeld der nun angestrebten »Wiedervereinigung«. Doch gleichermaßen offenbarte sich auch relativ zügig, dass ein solches Unterfangen unter den unübersichtlichen wie chaotischen Bedingungen des ostdeutschen Postsozialismus bzw. der sich auflösenden Planwirtschaft in der Praxis deutlich schwerer umzusetzen war, als viele Zeitgenossen in Ost und West in der kurzlebigen Einheitseuphorie des Jahres 1990 ursprünglich noch gehofft hatten (vgl. Seibel 2012; Steiner 2009).

Die nunmehr westdeutschen Spitzenmanager der Treuhandanstalt um ihren Präsidenten Rohwedder waren dabei unvermittelt ins Zentrum der wirtschaftlichen Umbrüche in der ostdeutschen Industrie geraten. Nach der am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war zunächst ununterbrochenes Krisenmanagement in den knapp 8.000 Treuhand-Betrieben mit ihren noch rund 4 Millionen Beschäftigten gefragt, da die einstigen DDR-Kombinate und Großbetriebe die massiven finanziellen Konsequenzen der sofortigen Währungsumstellung auf allen Ebenen nur mit größter Not und vor allem kurzfristigen Kreditbürgschaften stemmen konnten. An eine systematische »Entstaatlichung« der Industrielandschaft durch zügige Privatisierungen, wie sie das im Juni von der Volkskammer beschlossene Treuhandgesetz forderte, war in den bewegten Spätsommerwochen des Jahres 1990 indes kaum zu denken (vgl. Seibel 2005).

Demgegenüber wuchsen in weiten Teilen der ostdeutschen Wirtschaft, ihren Betrieben, Geschäftsführungen und Belegschaften Desorientierung und Verunsicherung in erheblicher Weise: Was würde die Zukunft in der Marktwirtschaft bringen? War der eigene Betrieb überhaupt noch zu retten? Drohte die baldige Arbeitslosigkeit? Sehr frühzeitig schlugen in der Arbeitswelt ursprüngliche Euphorie und Aufbruchsstimmung in endemische Angst, Lethargie und Aggression um. Genau in dieses angespannte Szenario hinein gerieten die zahlreichen westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre, die nun begannen, die vorgefundene Klientel nach ihren eigenen Vorstellungen zu organisieren und zu mobilisieren (vgl. Jarausch 1995).

Sehr schnell trat der schroffe Gegensatz zwischen wirtschaftspolitischem Treuhandauftrag und gewerkschaftlichen Vorstellungen offen zutage: Als erste Auseinandersetzungen um Privatisierungen (wie der lukrativen Interhotel-Kette) oder Schließungen (wie des Dresdner Kamera-Produzenten Pentacon) aufbrachen, waren es gerade auch die Gewerkschaften, die die Belegschaftsproteste gegen die jeweiligen Treuhand-Entscheidungen maßgeblich mittrugen. Vor allem in der Zeit nach der staatlichen Vereinbarung am 3. Oktober 1990 schienen Treuhand und Gewerkschaften in einer Art antagonistischem Expansionsverhältnis zueinander zu stehen: Je intensiver sich die personell wie strukturell rasch wachsende Treuhand um beschleunigte Privatisierungs- und Schließungsentscheidungen bemühte, desto schärfer und vehementer versuchten die ostwärts expandierenden Gewerkschaften, diese Entscheidungen im Sinne ihrer neuen ostdeutschen Klientel durch Proteste oder Kundgebungen zu beeinflussen bzw. zu verhindern. Nicht einer forcierten Privatisierung an westliche Investoren, sondern einer langfristigen Sanierung und Bewahrung der ostdeutschen Industriesubstanz sollte demnach aus gewerkschaftlicher Sicht das operative Hauptaugenmerk der Treuhandanstalt gelten (vgl. Fischer/Hax/Schneider 1993; Issen in diesem Band, S. 131 ff.).

Nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 und dem Jahreswechsel 1990/91 schaukelten sich diese Gegensätze immer weiter auf, als die Treuhand-Spitze nunmehr in kurzer Folge millionenfache Entlassungen, Frühverrentungen und »Kurzarbeit null« in den traditionellen Industriebranchen des Ostens ankündigte. Betroffen waren vor allem die Chemie, die Metallurgie, der Maschinenbau sowie die Textil- und die Werftindustrie. Hiergegen mobilisierte die ohnehin kampf-lustige IG Metall, die sich gleichzeitig in einen massiven Tarifkonflikt mit der Treuhand und ihren Betrieben in der ostdeutschen Metallindustrie begeben hatte und dabei mit Erfolg eine forcierte Lohnangleichung in Ostdeutschland anstrebte. Der streitbare IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler trat auf zahlreichen Protestkundgebungen und Demonstrationen in Ostdeutschland auf, bei denen er eindringlich das drastische Bild eines »Schlachthauses« wählte, um das Vorgehen der Treuhandanstalt in der Industrielandschaft scharf zu attackieren. Im März 1991 erreichte diese aufbrandende Protestwelle in ganz Ostdeutschland ihren vorläufigen Höhepunkt, als insbesondere die IG Metall, gemeinsam mit Gruppen ehemaliger Dissidenten und kirchlichen Initiativen, erneut zu großen »Mon-

tagsdemonstrationen« gegen Bundesregierung und Treuhand aufrief. So strömten Mitte März über 70.000 Demonstranten zu einer entsprechenden Großkundgebung in Leipzig (vgl. Böick 2011).

Das nunmehr westdeutsch dominierte Treuhand-Management um Rohwedder zeigte sich über die Härte und Unversöhnlichkeit des von den Gewerkschaftern mitgetragenen Widerstands gegen ihre intensivierten ökonomischen Umbauaktivitäten erheblich irritiert. Bei einem Spitzentreffen mit Hunderten Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten schlug dem Treuhand-Vorstand ein regelrechter »Tornado« an scharfer Kritik⁴ und massiven Vorwürfen entgegen, der selbst dem im umkämpften Strukturwandel an der Ruhr abgehärteten Stahlmanager Rohwedder für einen Moment aus der Fassung brachte (vgl. Junge Welt 1991; Handelsblatt 1991; Die Welt 1991a; Tagesspiegel 1991; SZ 1991).

Die allgemeine Stimmung in Ostdeutschland drohte gerade im Frühjahr 1991 vollends zu kippen, massive Frustrationen und Enttäuschungen brachen sich nunmehr offen Bahn. An diesem kritischen Wendepunkt waren es zwei spektakuläre Gewaltausbrüche, die der rapide anschwellenden Protestbewegung vorerst den Schwung nahmen: Neben einem nächtlichen Brandanschlag auf die Berliner Treuhand-Niederlassung war es insbesondere das tödliche RAF-Attentat auf den Treuhand-Präsidenten am 1. April, welches die Massenproteste zunächst für einige Zeit merklich abflauen ließ. Der Tod des zuvor heftig angefeindeten Detlev Rohwedder sollte die streitenden Kontrahenten in der Folge wieder an einen Tisch bringen.

Doch auch langfristig blieb der strukturelle Interessengegensatz zwischen Treuhand und Gewerkschaften ein konstitutives Merkmal des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus. Immer wieder brachen dabei entlang der wirtschaftspolitischen Grundachse »Privatisierung oder Sanierung« heftige Streitigkeiten im medienöffentlichen wie politischen Raum auf: So forderten Gewerkschafter (und mit ihnen auch viele Sozialdemokraten und Grünen-Politiker) vehement die strategische Bewahrung bedrohter Branchen und Betriebe durch eine langfristige Sanierung in der Obhut staatlicher »Industrieholdings« – ein Gedanke, dem sich die auf zügige Massenprivatisierungen setzende Berliner Treuhandanstalt und mit ihr auch die christliberale Bundesregierung in Bonn gerade in der Hochphase des operativen

4 | Vgl. »Tornado an Kritik« (Junge Welt 1991); »Ein ›Tornado der Kritik‹ fegt über die Treuhand« (SZ 1991).

Geschäfts in den Jahren 1991/92 hartnäckig verweigerten: Der Staat und damit die Treuhandanstalt sollten sich bei der Auflösung der gescheiterten Planwirtschaft mit ihrem Staatseigentum so schnell wie möglich selbst »überflüssig« machen – und diesen (Schwebe-)Zustand zwischen Staat und Markt nicht noch weiter verlängern. Nur eine schnelle wie rigorose Rückkehr zu Privateigentum und Wettbewerb konnten in dieser Lesart einen dynamischen wirtschaftlichen Aufschwung im Osten bewirken (vgl. Kemmler 1994; Seibel 2005).

In der ab 1993 einsetzenden Spätphase des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus waren es schließlich zwei Problemkomplexe, bei denen Treuhand und Gewerkschaften aneinandergerieten: der Umgang mit »Restfällen« an traditionsreichen Großbetrieben sowie nunmehr vermehrt medial aufbrechende Skandalfälle.

Als Ende 1992 der überwältigende Teil des ostdeutschen Industriebestandes tatsächlich »entstaatlicht« war, blieben im Portfolio der Treuhand eine Reihe von strukturbestimmenden Großbetrieben wie EKO (Eisenhüttenstadt) oder die Mansfeld AG (Hettstedt/Eisleben) zurück, für die sich bislang keine Investoren gefunden hatten, deren vollständige Schließung jedoch aus strukturpolitischen Erwägungen heraus unmöglich schien. Das ab 1992/93 von Treuhand und Bundesregierung verfolgte Konzept zur Sicherung »industrieller Kerne« in Ostdeutschland kann auch als eine Folge fortwährender gewerkschaftlicher Interventionen zur Sanierung angeschlagener, nicht-privatisierbarer Betriebe gelten (siehe exemplarisch ND 1991; Die Welt 1991b; FAZ 1991). Neben dieser auch (wahl-)taktisch motivierten Abmilderung des Privatisierungskurses waren es nach 1993 eine Reihe von spektakulären Skandal- und Korruptionsfällen, die die Treuhand unter erheblichen Druck geraten ließen – und an deren Offenlegung auch Gewerkschafter vor Ort maßgeblich beteiligt waren (vgl. Suhr 1991; Kampe 1994; Christ/Neubauer 1991; Köhler 1994; Jürgs 1997). Der spektakuläre Großskandal um die Treuhand-Niederlassung in Halle wurde vom örtlichen IG-Metall-Chef Günter Lorenz öffentlich ins Rollen gebracht, der zuvor aus Süddeutschland an die Saale gewechselt war (vgl. Laabs 2012; zeitgenössisch auch taz 1993).

Ansatzpunkte für hitzige Konfliktgeschichten, so ließe sich vorläufig festhalten, finden sich in den wechselhaften Beziehungen zwischen Treuhandanstalt und Gewerkschaften damit überreichlich. Beide Seiten standen einander oftmals unversöhnlich gegenüber, stritten über wirt-

schaftspolitische Grundlinien oder auch über eine Vielzahl an Einzelfallentscheidungen. In diesem geradezu »natürlichen« Antagonismus zwischen beschleunigenden Privatisierungsexperten und bewahrenden Arbeitnehmervertretern scheint jedoch eine grundlegende Gemeinsamkeit auf: Die zumeist aus den alten Bundesländern in den Osten entsandten Führungskräfte auf beiden Seiten der Frontlinie erschienen im unübersichtlichen Umbruchszenario als Treibende und Getriebene zugleich.

Mit dem Versuch, die ihnen vertrauten Denk-, Struktur- und Ordnungsmuster auf den Osten zu übertragen, erzeugten sie eine sich wechselseitig verstärkende Konfliktdynamik, die in der Rückschau an ein System kommunizierender Röhren erinnert: Die westdeutschen Treuhand-Manager forcierten die radikale Umgestaltung der Planwirtschaft in eine funktions-tüchtige Marktwirtschaft und hatten massiv mit den ökonomischen, gesellschaftlichen wie politischen Folgekosten dieses Kurses zu kämpfen. Die westdeutschen Gewerkschaftsvertreter waren demgegenüber energisch bemüht, die massiv schwindende Zahl an ostdeutschen Arbeitern und Angestellten in ihren Reihen zu organisieren und zu mobilisieren, ohne dabei zugleich, etwa durch allzu große Zugeständnisse in Lohnfragen, die Kerninteressen ihrer westdeutschen Stammklientel aus den Augen zu verlieren. Als erbitterte Gegner im »Schlachthaus« des Ostens erschienen Treuhand und Gewerkschaften daher fast wie ein widerwillig zum Tanz gezwungenes Paar, das die Kontrolle über Rhythmus und Geschwindigkeit seines gemeinsamen Tanzes (bzw. der gesellschaftlichen Eruptionen) zumindest in den frühen 1990er-Jahren zu verlieren drohte. Es war diese prekäre, schwer zu kontrollierende spät- bzw. postrevolutionäre Eigendynamik, die schließlich auch die schroffen Interessengegensätze allmählich abmilderte und die zerstrittenen Akteure nach und nach zu Kooperationspartnern werden ließ.

3. Kooperationsgeschichten: Partner beim »Aufschwung Ost«

Ein zweiter Strang der hier skizzierten Beziehungsgeschichte erscheint zunächst weniger offensichtlich und naheliegend, da insbesondere auch die Beteiligten wenig Interesse hatten, diesen in der Öffentlichkeit umfassend zu thematisieren. Wer sich einerseits in der politischen Arena oder auf öffentlichen Podien hitzig bekämpfte, tat sich andererseits offenkundig schwer damit, eine pragmatische bis konstruktive Zusammenarbeit

in anderem Rahmen erläutern zu können; hier ergab sich ein deutlicher Rollenkonflikt zwischen öffentlicher Konkurrenz und interner Zusammenarbeit. Doch tatsächlich waren Treuhand-Spitzenmanager und Gewerkschaftsvertreter auf der Führungsebene nicht nur erbitterte Gegner, sondern arbeiteten fast von Beginn an auch in verschiedenen institutionellen Arrangements relativ reibungs- und auch geräuschlos beim ostdeutschen Wirtschaftsumbau zusammen.

Die klassisch deutsche Traditionslinie eines intensiven industriellen Korporatismus zwischen Arbeit, Kapital und Staat manifestierte sich unmittelbar nach der staatlichen Vereinigung auch bei der personellen Umgestaltung der Treuhandanstalt, insbesondere in ihrem zentralen Aufsichtsgremium, dem Verwaltungsrat (vgl. Thumfart 2005), und zwar dergestalt, dass ab Herbst 1990 auch eine Reihe von hochrangigen Gewerkschaftsvertretern in dieses Gremium einzogen, das die operative Tätigkeit des Treuhand-Vorstandes unter Detlev Rohwedder begleiten und beaufsichtigen sollte. Neben Roland Issen (DAG) und Hermann Rappe (IG Chemie-Papier-Keramik) waren dies Horst Klaus bzw. Joachim Töppel (IG Metall) sowie Heinz-Werner Meyer bzw. Dieter Schulte vom DGB.

Die Einbeziehung dieser führenden bundesdeutschen Gewerkschafter in den Verwaltungsrat, der mehrheitlich mit Industrievertretern und christliberalen Regierungspolitikern sowie den ostdeutschen Ministerpräsidenten besetzt war, kann damit als ein früher Versuch der strategischen »Einhegung« der Arbeitnehmervertreter durch institutionelle Einbindung beschrieben werden (vgl. Seibel 2005). In diesem Spitzengremium wurden retrospektiven Zeitzeugenberichten zufolge sämtliche großen und auch öffentlich umstrittenen Privatisierungsentscheidungen in einer zumeist sachlich-konstruktiven Atmosphäre diskutiert und dann in aller Regel auch einmütig gebilligt (vgl. Breuel/Burda 2005; Depenheuer/Paqué 2012). Es verwundert daher weniger, dass es insbesondere Gewerkschaftsvertreter waren, die im Herbst 1993 gegen eine Weitergabe der vertraulichen Diskussionsprotokolle an den Treuhand-Untersuchungsausschuss des Bundestages vehement und letztlich erfolgreich opponierten, denn es war gerade die Vertraulichkeit dieser Diskussionsrunden, die den sachlichen Austausch im Verwaltungsrat abseits der oft zerstrittenen Öffentlichkeit ermöglicht hatte.⁵

5 | Vgl. dazu die zeitgenössische Berichterstattung in *Neue Zeit* 1993 und *Thüringer Landeszeitung* 1993.

Einen regelrechten Schub an weiterer Zusammenarbeit brachte ironischerweise das protestreiche und von Gewalt geprägte Frühjahr 1991 mit sich. Unter dem Eindruck immer weiter anschwellender Demonstrationen, wilder Streiks und spontaner Betriebsbesetzungen im gesamten »Beitrittsgebiet« war es nun vor allem die christliberale Bundesregierung unter Helmut Kohl, die die Treuhand, die Regierungen der neuen Länder und die Gewerkschaften verstärkt zur institutionalisierten Zusammenarbeit drängte. Der überraschende RAF-Mordanschlag auf Detlev Karsten Rohwedder entfaltete dabei eine katalysierende Wirkung, insbesondere im politischen Bonn. Neben den ostdeutschen Landesregierungen, die mit der Treuhand eine grundsätzliche Zusammenarbeit bzw. Aufgabenteilung beim »Aufschwung Ost« vereinbarten, sollten nun auch die Gewerkschaften strategische Partner der Treuhand werden: Am 13. April 1991 unterzeichneten DGB, DAG und Treuhand eine »Gemeinsame Erklärung«, in der sich beide Seiten merklich aufeinander zubewegten und auch semantisch spürbar abrüsteten: So akzeptierten die Gewerkschaften einerseits, dass einschneidende Umbauten in vielen Ost-Betrieben, also Massenentlassungen und Schließungen, prinzipiell nicht zu vermeiden waren; andererseits erkannte aber auch die Treuhand an, dass »angesichts der Komplexität der sozialen Probleme differenzierte und ausgewogene Lösungen« gerade für die sich aus dem Wirtschaftsumbau ergebenden sozialpolitischen Konsequenzen gefunden werden müssten (Gemeinsame Erklärung 1991).

Auf dieser Linie lag auch eine weitere, im Juni 1991 zwischen Treuhandanstalt, Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossene Rahmenvereinbarung zur Einrichtung und Finanzierung von »Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung« (ABS), die einen Teil der entlassenen Beschäftigten für eine bestimmte Frist aufnehmen und weiterqualifizieren sollten. Hatte sich die Treuhand, nun unter der neuen Präsidentin Birgit Breuel, einer profilierten CDU-Wirtschafts- und Finanzpolitikerin, zunächst aus einem ausgeprägten unternehmerisch-staatsfernen ordnungspolitischen Selbstverständnis heraus dem Ansinnen entschieden verweigert, selbst sozialpolitische Aufgaben zu übernehmen bzw. diese zu finanzieren, so stimmte die Treuhand-Spitze einer finanziellen Beteiligung an diesen ABS-Gesellschaften letztlich zu (Treuhandanstalt Informationen 1991).

Treuhand und Gewerkschaften waren somit, obwohl sie medienöffentlich und politisch in aller Regel als ausgewiesene Antagonisten und erbit-

terte Gegenspieler auftraten, zugleich auch und häufig im Verborgenen institutionalisierte Kooperationspartner beim ostdeutschen Wirtschaftsumbau. Es war gerade die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung, die die beiden Seiten unter dem unmittelbaren Eindruck der ausgreifenden gesellschaftlichen Proteste und gewaltsamen Eskalationen im Ostdeutschland des Frühjahrs 1991 in eine Reihe von (neo-)korporatistischen Arrangements drängte und so gewissermaßen in das nach 1991 unter dem Eindruck der »Vereinigungskrise« rasch entstehende Institutionen- und Projektensemble des »Aufschwung Ost« einzuweben versuchte (vgl. Kocka 1995). Diese offizielle Zusammenarbeit auf Spitzenebene blieb allerdings einerseits überschaubar und bezog sich andererseits vorwiegend auf die Sphäre einer nachsorgenden Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (vgl. Ritter 2007). Letztlich ging es hierbei insbesondere um eine (materielle) Abfederung der millionenfachen Umbrüche in den ostdeutschen Erwerbsbiografien, die mit dem radikalen Umbau der Plan- in eine Marktwirtschaft einhergingen. Im sozialpolitischen Krisenmanagement nach 1990 waren Treuhandanstalt und Gewerkschaften damit in der Tat strategische Partner (vgl. Rödder 2009).

4. Praxis- und Alltagsgeschichten: »Gesplante Erfahrungen«

In der beschriebenen Janusköpfigkeit aus Konflikten und Kooperationen auf den Führungsebenen erschöpft sich die hier veranschlagte Beziehungsgeschichte allerdings noch nicht. Diese antithetische Gegenüberstellung lässt sich vielmehr durch einen gezielten Blick auf die vielschichtigen Interaktionen und gegenseitigen Wahrnehmungen jenseits der Spitzenebenen zu einer Synthese im praktischen Alltag des Wirtschafts- bzw. Betriebsumbaus verbinden. Gerade unterhalb der beschriebenen Ebene der Großkonflikte und Spitzengremien waren zahlreiche Treuhand-Manager und Gewerkschaftsvertreter in den frühen 1990er-Jahren in umfassende Interaktionen eingebunden. Hier waren es vor allem die einzelnen Branchen bzw. Betriebe, die zu konkreten Kristallisationskernen intensiver Aushandlungen und Auseinandersetzungen wurden. Dabei rangen beide Seiten, bisweilen auch öffentlich, um einzelne Privatisierungs- und Schließungsentscheidungen, stritten über die Anzahl der garantierten Arbeitsplätze sowie mögliche Sozialplanregelungen oder diskutierten miteinander über

die vorgelegten Konzepte und die unternehmerischen Strategien möglicher Investoren. Das festgestellte Wechselspiel aus interner Kooperation und öffentlicher Konfrontation zog sich damit auch durch den wesentlich unübersichtlicheren Alltag bzw. die facettenreiche Praxis des postsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus.

Gerade dieses Feld an vielfältigen Alltagsgeschichten lässt sich gut mit Blick auf individuelle Wahrnehmungen und Deutungen qualitativ einfangen. Im Jahr 1993 berichtete ein Treuhand-Direktor in einem Experteninterview, dass »die Gewerkschaftler hier am Tisch [...] ALLE prima und vernünftig« seien; mit ihnen könne man quasi »Pferde stehlen gehen«, da sie getrieben seien von der »Vernunft und der Einsicht, wir müssen zusammenhalten«. Ja, viel mehr noch erschienen sie ihm sogar als umworbene »Verbündete der Treuhandanstalt«. Die alltägliche Praxis gestalte sich dennoch oft »sehr schwierig«, wie der Direktor erläuterte: »Die Gewerkschaft hat offensichtlich auch das Problem, daß das Fußvolk ihnen [sic] aus dem Ruder läuft. Sie versuchen, Führerschaft zu übernehmen.« Man habe mit den Gewerkschaftsvertretern letztlich »eine ausgesprochen gespaltene Erfahrung« gemacht: Es gebe »diejenigen, die meinen, mit Kampfesparolen auf der Straße ihre Anhänger gewinnen zu müssen« – er erinnere sich an Gewerkschafter, »die dann also mit meinem Namen auf irgendeinem Schild auf der Straße rumlaufen, als demjenigen, der hier die Industrie plattmacht«, obwohl gerade diese Kollegen eigentlich aus der vertraulichen Zusammenarbeit genau wüssten, dass er »hinter den Kulissen unglaublich viel« versuche, um die schwierige Situation zu retten.⁶

Treuhand-Manager der mittleren Führungsebenen beschrieben ausführlich ihre »gespaltene Erfahrung« mit den jeweiligen Gewerkschaftsvertretern vor Ort, die gleichermaßen als interne »Verbündete«, aber auch als öffentliche »Gegenspieler« aufgetreten seien. Diese individuellen zeitgenössischen Einzelstimmen sensibilisieren daher vor allem für die bislang noch fast gänzlich unerzählten wie unerforschten Einzelfallgeschichten des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus insbesondere auf Unternehmensebene (Ausnahmen bilden Schulz 2013; Roesler/Semmelmann 2005).

Die konkreten Beziehungsmuster und Wahrnehmungsweisen im Verhältnis von Treuhand und Gewerkschaften konnten situativ ganz erheblich differieren. Sie hingen in hohem Maße von der spezifischen Situation des

6 | Experten-Interview von D. R. mit Treuhand-Direktor vom 1.10.1992.

Betriebes bzw. der gesamten Branche, den beteiligten Treuhand-Mitarbeitern, den jeweiligen Geschäftsführungen und ihren gewerkschaftlichen Verhandlungspartnern sowie der allgemeinen Stimmungslage in der Belegschaft bzw. der gesamten Region ab. Auch potenzielle Investoren, engagierte Lokalpolitiker und investigative Journalisten beeinflussten diese komplexen Konstellationen in erheblichem Maße. In eben dieser Praxis konnten sich Industriemanager und Unternehmer in Treuhand-Diensten und Gewerkschaftssekretäre aus Westdeutschland bisweilen besser untereinander verständigen als mit ihren ostdeutschen Gesprächspartnern, da sie habituell wie kulturell aus früheren Begegnungen in der westdeutschen Wirtschaft miteinander vertraut waren.

Dieses reichhaltige Panorama vielschichtiger Ost-West-Interaktionen bei der Alltagspraxis des postsozialistischen Wirtschaftsbaus systematisch, differenziert und quellennah zu erschließen, könnte ein aussichtsreiches Betätigungsfeld für Unternehmens- und Zeithistoriker/innen darstellen (vgl. Schwärzel 1998; Verch 2011).⁷ Grundsätzlich dürfte durch derartige Forschungen deutlich werden, dass die jeweiligen »Blöcke« Treuhandanstalt bzw. Gewerkschaften mitnichten so homogen und gegeneinander abgeschlossen waren, wie sie in den oft stark moralisch gefärbten zeitgenössischen Selbst- und Fremdzuschreibungen erscheinen: So stritt beispielsweise das (sehr heterogen zusammengesetzte) Treuhand-Personal auch intern energisch über den 1991/92 eingeschlagenen Privatisierungskurs; nicht wenige Manager artikulierten dabei erhebliche Zweifel an der reibungsintensiven Geschäftspolitik und befürworteten demgegenüber aktivere Sanierungsanstrengungen, die die Führungsebene jedoch offiziell noch bis ins Jahr 1993 rundweg ablehnte (vgl. ausführlicher Böick 2016).

Auch ein Blick auf die gewerkschaftlichen Binnenverhältnisse deutet erhebliche interne Spannungslinien und Konfliktfelder an, insbesondere zwischen westdeutschem Führungspersonal und ostdeutschen Betriebsräten: So waren etwa die von den westdeutschen Gewerkschaftssekretären angestrebten, hohen Tarifabschlüsse und Sozialstandards zur präventiven

7 | Im Gegensatz zu den umfassenden Aktenbeständen der Treuhandanstalt, die erst seit 2016 systematisch vom Bundesarchiv gesichtet werden können, werden bzw. wurden die Aktenbestände der von der Treuhandanstalt abgewickelten Unternehmen bereits von den entsprechenden Landes- bzw. Wirtschaftsarchiven übernommen.

Verhinderung eines ostdeutschen »Niedriglohngebiets« mitnichten im originären Interesse ihrer ostdeutschen Kollegen vor Ort, denen es vor allem ab 1991/92 in allererster Linie um den bloßen Erhalt ihres Betriebes bzw. der dortigen Arbeitsplätze ging. Es verwundert angesichts dieser aufbrechenden Ost-West-Spannungslinien innerhalb der Gewerkschaften weniger, dass sich im Jahr 1992 eine im Umfeld der PDS agierende »Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte« zusammenfand, die sich bewusst von den »West-Gewerkschaften« abzugrenzen versuchte (Kädtler/Kottwitz/Weinert 1997).

Auch der spektakuläre, medial intensiv rezipierte Hungerstreik in der Kali-Grube von Bischofferode im Sommer 1993 erweist sich bei näherer Betrachtung als ein energischer Aufstand des örtlichen Betriebsrates gegen das vorherige Votum der eigenen Gewerkschaftsführung, deren (westdeutsche) Vertreter der Grubenschließung im Rahmen einer großen deutsch-deutschen Fusionslösung zugestimmt hatten (vgl. Böick 2011). Der Blick in die jeweiligen Binnenräume kann damit gerade auch für die vielschichtigen Ambivalenzen, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten im Transformationsprozess sensibilisieren.

5. Fazit: Treuhandanstalt und Gewerkschaften in der Geschichte der Transformationszeit

Das wechselhafte Beziehungsverhältnis von Treuhandanstalt und Gewerkschaften erweist sich insgesamt als hochinteressante wie aufschlussreiche Sonde in die allerjüngste deutsche Vergangenheit, deren Historisierung zunehmend einsetzt.⁸ Wie stets lenken dabei insbesondere gegenwärtige Problemlagen die Rückblicke vor allem auch jüngerer Zeithistoriker/innen; zu nennen wären schlagwortartig fortbestehende kulturelle Ost-West-Differenzen und deren generationelle Überblendungen, langfristige wirtschaftliche wie soziale Ungleichheiten sowie insbesondere nationalistische bzw.

8 | So hat am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) ein Forschungsbereich zum Thema »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989« seine Tätigkeit aufgenommen; vgl. dazu auch die vom ZZF und dem Deutschen Historischen Museum durchgeführte Ausstellung zum »Alltag Einheit« in Berlin (Danyel 2015) und die programmatischen Überlegungen hierzu von Ulrich Mählert (2016).

fremdenfeindliche Eruptionen in der Gesellschaft der neuen Bundesländer (vgl. Lorke 2015). Zur historischen Reflexion dieser aktuellen (Krisen-)Phänomene richtet sich der Blick ein Vierteljahrhundert nach »Revolution und Einheit« nicht mehr, wie noch in den moralisierenden und vergangenheitspolitischen Debatten bzw. in der sozialwissenschaftlichen Forschung der 1990er-Jahre, exklusiv auf die SED-Diktatur (bzw. den »Realsozialismus«) und deren politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche wie mentale »Folgelasten« (vgl. Weingarz 2003).

Forschung und Öffentlichkeit beziehen zunehmend auch die von erheblichen Dynamiken und massiven Ost-West-Konflikten geprägte Transformationsphase der frühen 1990er-Jahre systematisch in ihre Diskussionen mit ein. Erst ein solches perspektivisches und nicht vorab in moralischen Kategorien fixiertes Zusammendenken von verfallendem Sozialismus, desorientierendem Postsozialismus, konfliktreicher Verwestlichung sowie prekärer Ost-Identitätsbildung in den Jahren nach 1989/90 ermöglicht eine differenzierte Retrospektive auf die unmittelbare Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen (vgl. Hockerts 2001).

Dabei bildet die Geschichte der Gewerkschaften in diesen hochdynamischen Übergangs- und Umbruchprozessen zu Beginn der »Berliner Republik« immer eine beträchtliche Leerstelle in den gegenwärtigen zeit-historischen Forschungsanstrengungen (vgl. Görtemaker 2009). Doch gerade an dieser Akteursgruppe zeigt sich, wie im vorliegenden beziehungs-geschichtlichen Beitrag skizziert, wie ambivalent und facettenreich letztlich das umfassende Engagement der Gewerkschaften und ihrer Vertreter im postsozialistischen Ostdeutschland ausfiel:

- Erstens versuchten sich gerade westdeutsche Gewerkschafter, die in den Osten gekommen waren, in der Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt und den von ihr verantworteten Privatisierungen und Schließungen als legitime Arbeitnehmervertreter in der prekären Nachfolge des diskreditierten FDGB zu etablieren – und dies vor allem auch in scharfer Konkurrenz zur PDS, die sich als einzig legitime Sachwalterin ostdeutscher Interessen gegenüber westdeutscher Dominanz inszenierte. Proteste, Kundgebungen, Besetzungen, Demonstrationen und Tarifauseinandersetzungen im »Schlachthaus« waren hierbei die klassisch-gewerkschaftlichen Mobilisierungsinstrumente.

- Doch dieser konfliktreiche Expansionskurs stieß zweitens insofern bald an Grenzen, als die volatile Stimmung im »Beitrittsgebiet« im Frühjahr 1991 vollends in massive Frustration und offene Gewalt umzuschlagen drohte. Nun waren es die Mechanismen eines eingespielten bundesdeutschen Neokorporatismus, die die Gewerkschaftsvertreter meist hinter den Kulissen an die Verhandlungstische führten und so letztlich zu widerwilligen »Partnern« von Treuhandanstalt und Bundesregierung avancieren ließen, wobei nun vor allem die sozialpolitische Abfederung insbesondere der grassierenden Massenarbeitslosigkeit im Fokus stand.
- Ein bislang noch weitgehend unerforschtes Terrain bildet drittens schließlich der komplizierte wie facettenreiche Alltag des postsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus und die in diesem Kontext anzutreffenden Interaktionen und Wahrnehmungen zwischen Treuhand-Managern und Gewerkschaftsvertretern in den Tausenden Betrieben vor Ort. Gerade an dieser Stelle deutet sich die ambivalente gewerkschaftliche Doppelrolle zwischen Partner- und Gegnerschaft an, wobei die jeweiligen Befunde hochgradig fall- bzw. branchenabhängig zu differenzieren sind. Die ostwärts expandierenden West-Gewerkschaften balancierten in einer durchaus prekären Situation an einer brisanten Schnittstelle des sich nach 1990 abrupt verschärfenden Konflikts zwischen Ost und West: Einerseits waren sie engagierte Interessenswahrer der ostdeutschen Betriebsräte und Arbeitnehmer, zum anderen agierten sie aber auch als Vertreter ihrer angestammten westdeutschen Klientel. Es war nicht unbedingt der Konflikt um »Privatisierung oder Sanierung«, sondern eher die strategische Ausrichtung an der Hochlohnpolitik, die die westdeutschen Gewerkschaftsvertreter in der Auseinandersetzung mit ihren ostdeutschen Kollegen in den Betrieben bald in eine erhebliche Zwickmühle führte: Durften ostdeutscher Betriebe auch unter Inkaufnahme erheblicher Abstriche an lohn- oder arbeitspolitischen Standards gerettet werden? Letztlich war es dieser strategische Grundkonflikt, der die ostdeutsche Betriebslandschaft und die dortigen Belegschaften nachhaltig von den traditionellen Gewerkschaften des Westens entfremden sollte – und der bis in die Gegenwart in einem merklich geringeren Organisationsgrad bzw. einer äußerst lückenhaften (Flächen-)Tarifbindung zum Ausdruck kommt (vgl. Czada 2012; Furch 2011).

Insgesamt kann, so die abschließende Überlegung, die Geschichte der Gewerkschaften im Transformationsprozess auch einen entscheidenden Beitrag zu einer übergeordneten Historisierung der beschleunigten Umbrüche und Übergänge der Arbeitswelt leisten, indem sie ihr Agieren beim unvermittelten Sprung von der plansozialistischen Industriemoderne in eine globalisierte Dienstleistungsgesellschaft thematisiert. Dies würde ein ganzes Bündel an weiterführenden, gerade auch den deutsch-deutschen bzw. nationalen Rahmen überschreitenden Blickwinkeln eröffnen: Auch hier stellt sich die Frage nach den Dynamiken eines durch den Sozialismus verzögerten und nun von westlicher Seite forcierten »Strukturbruchs« bzw. der abrupten Entfaltung eines »digitalen Finanzmarktkapitalismus« (vgl. Doering-Manteuffel/Raphael 2008; Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer 2016). Aber auch das Problem der mittel- bzw. langfristigen Rückwirkungen, »Verflechtungen« bzw. »Ko-Transformationen« in westlicher Richtung wäre am konkreten empirischen Gegenstand weiter zu eruieren (vgl. Kleßmann 2009; Bösch 2015a). Schließlich stünde zudem ein umfassender Vergleich der jeweiligen Rollen-, Deutungs- und Problembearbeitungsmuster gerade der Gewerkschaften in den ostmitteleuropäischen Transformationsgesellschaften insgesamt zur Disposition (vgl. Ther 2009).

Literatur und Quellen

- Böick, Marcus (2011): »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren, in: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Loew (Hg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2011, S. 167–185
- Böick, Marcus (2016): Manager, Beamte und Kader in einer Arena des Übergangs. Eine Ideen-, Organisations- und Erfahrungsgeschichte der Treuhandanstalt und ihres Personals, 1990–1994. Unveröffentlichte Dissertation, Bochum
- Böick, Marcus/Siebold, Angela (2011): Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen, in: Deutschland Archiv 1, S. 105–113

- Bösch, Frank (Hg.) (2015a): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015
- Bösch, Frank (2015b): *Geteilte Geschichte. Plädoyer für eine deutsch-deutsche Perspektive auf die jüngere Zeitgeschichte*, in: *Zeithistorische Forschungen* 12, S. 98–114
- Breuel, Birgit/Burda, Michael C. (Hg.) (2005): *Ohne historisches Vorbild. Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung*, Berlin 2005
- Christ, Peter/Neubauer, Ralf (1991): *Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder*, Berlin 1991
- Czada, Roland (2012): *Das Erbe der Treuhandanstalt*, in: Otto Depenheuer/Karl-Heinz Paqué: *Einheit – Eigentum – Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt. Gedächtnisschrift zum 20. Todestag von Dr. Detlev Karsten Rohwedder*, Berlin 2012, S. 125–146
- Danyl, Jürgen (2015): *Alltag Einheit: Ein Fall fürs Museum!*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65, 33–34, S. 26–35
- Depenheuer, Otto/Paqué, Karl-Heinz (Hg.) (2012): *Einheit – Eigentum – Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt. Gedächtnisschrift zum 20. Todestag von Dr. Detlev Karsten Rohwedder*, Berlin 2012
- Die Welt (1991a): *Harsche Kritik an Treuhand*, in: *Die Welt* vom 1.3.1991
- Die Welt (1991b): *IG Metall fordert Treuhand-Fonds*, in: *Die Welt* vom 23.10.1991
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008): *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hg.) (2016): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016
- FAZ (1991): *Kein neues Großkombinat*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.10.1991
- Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans K. (Hg.) (1993): *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte*, Berlin 1993
- Furch, David (2011): *Strukturbruch im deutschen Corporate Governance-System? Ursprung, Wandel und Bedeutung der Deutschland AG für die soziale Marktwirtschaft*, in: Knut Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.): *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011, S. 43–64

- Gemeinsame Erklärung (1991): Gemeinsame Erklärung von Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft und Treuhandanstalt, 13.4.1991, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation, Band 2, Berlin 1994, S. 389–392
- Görtemaker, Manfred (2009): Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Bonn 2009
- Handelsblatt (1991): Betriebsräte konfrontieren Rohwedder mit heftiger Kritik, in: *Handelsblatt* vom 1.3.1991
- Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (2009): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009
- Hockerts, Hans Günter (2001): Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28, S. 15–30
- Jarusch, Konrad H. (1995): Die unverhoffte Einheit. 1989–1990, Frankfurt am Main 1995
- Junge Welt (1991): Tornado an Kritik, in: *Junge Welt* vom 1.3.1991
- Jürgs, Michael (1997): Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München 1997
- Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela/Weinert, Rainer (1997): Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Opladen 1997
- Kampe, Dieter (1994): Wer uns kennenlernt, gewinnt uns lieb. Nachruf auf die Treuhand, Berlin 1994
- Kemmler, Marc (1994): Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt am Main 1994
- Kleßmann, Christoph (2009): »Deutschland einig Vaterland«? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Einigung, in: *Zeithistorische Forschungen* 8, S. 85–104
- Koch, Alexander/Sabrow, Martin (Hg.) (2015): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays. Göttingen 2015
- Kocka, Jürgen (1995): Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995
- Köhler, Otto (1994): Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, München 1994
- Laabs, Dirk (2012): Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012

- Lorke, Christoph (2015): Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt am Main 2015
- Mählert, Ulrich (Hg.) (2016): Die DDR als Chance. Stand und Perspektiven zeithistorischer Forschung zur SED-Diktatur und zum geteilten Deutschland, Berlin 2016
- ND (1991): Treuhand auflösen, Industrieholding gründen, in: *Neues Deutschland* vom 18.10.1991
- Neue Zeit (1993): Plötzlich stand Schily auf und ging, in: *Neue Zeit* vom 6.12.1993
- Plener, Ulla (Hg.) (2001): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994), Berlin 2001
- Ritter, Gerhard A. (2007): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2007
- Rödder, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009
- Roesler, Jörg/Semmelmann, Dagmar (2005): Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft. Ostdeutsche Energiewirtschaft im Umbruch in den 1980er und 1990er Jahren, Bonn 2005
- Scharrer, Manfred (2011): Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin 2011
- Schulz, Ulrike (2013): Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856–1993, Göttingen 2013
- Schwärzel, Renate (1998): Die Überlieferung der von der Treuhand abgewickelten Betriebe, in: Diether Degreif (Hg.): Vom Findbuch zum Internet. Erschließung von Archivgut vor neuen Herausforderungen, Siegburg 1998, S. 231–238
- Seibel, Wolfgang (2005): Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt am Main 2005
- Seibel, Wolfgang (2012): Wenn ein Staat zusammenbricht. Über die Frühgeschichte und Funktion der Treuhandanstalt, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren. Göttingen 2012, S. 184–207

- Steiner, André (2009): Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung*, München 2009, S. 113–129
- Suhr, Heinz (1991): *Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde*, Frankfurt am Main 1991
- SZ (1991): Ein »Tornado der Kritik« fegt über die Treuhand, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 1.3.1991
- Tagesspiegel (1991): Heftige Kritik an der Treuhand, in: *Tagesspiegel* vom 1.3.1991
- taz (1993): Die Paten von Halle, in: *Die Tageszeitung* vom 18.10.1993.
- Ther, Philipp (2009): Das »neue Europa« seit 1989. Überlegungen zu einer Geschichte der Transformationszeit, in: *Zeithistorische Forschungen* 6, S. 105–114
- Ther, Philipp (2014): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014
- Thumfart, Alexander (2005): Gewerkschaften, Tarifverträge und Betriebe. Die versuchte Übernahme bundesdeutscher Korporatismus-Modelle und ihre Folgen in der Arbeitswelt, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hg.): *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz*, Berlin 2005, S. 160–178
- Thüringer Landeszeitung (1993): Schily: Was will Treuhand vertuschen?, in: *Thüringer Landeszeitung* vom 20.12.1993
- Treuhandanstalt Informationen (1991): Konsens über Arbeitsförderungs-gesellschaften, in: *Treuhandanstalt Informationen* vom 1.8.1991
- Verch, Katrin (2011): Sicherung, Bewertung und Übernahme des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe der DDR ab 1990, in: *Archiv und Wirtschaft* 44, S. 177–186
- Weingarz, Stephan (2003): *Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften*, Münster/Hamburg 2003

